Center for Economic & Social Analyses
M.E.S.A.10

SLOWAKISCHER MONATSBERICHT

08 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung

ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

August 2004

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Kräftekonzentration vor dem politisch schwerem Herbst

Nach der Sommerpause traten Koalitions- sowie Oppositionsspitzen im Parlament zusammen, um ihre Aktivitäten in den anstehenden Monaten zu koordinieren: bald fällt die Entscheidung über die Reform des Gesundheitswesens, dem Schulministerium steht der zweite Anlauf bevor, den Entwurf über die Studiengebühren durchzusetzen und danach ist der Haushaltsplan für 2005 an der Reihe. Darüber hinaus verspricht die Opposition der Minderheitsregierung einen "heisen Herbst".

Opposition verspricht "heisen Herbst" ohne ausreichende Kräfte

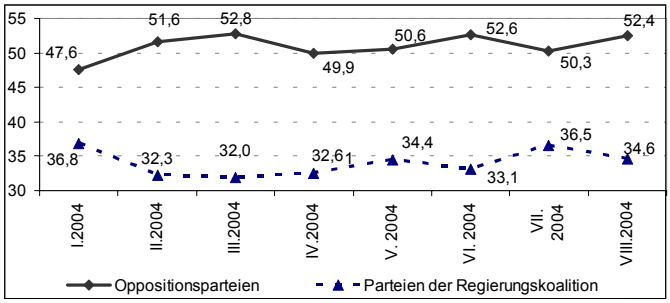
Noch vor den Parlamentsferien deutete die Opposition an, dass der Minderheitsregierung ein "heiser Herbst" bevorsteht und dass die Regierung die mit der Minderheit verbundenen Probleme zu fühlen bekommt. Ende August vereinbarte die Opposition gemeinsame Schritte im Parlament, einschließlich einer Initiative zur Abberufung von Ministern . Bislang ist allerdings keine Liste betroffener Minister bekannt. Drohungen der Opposition bleiben wirkunglos, denn weder die Regierung noch die Opposition verfügen über eine Mehrheit im Parlament. Entscheidende Rolle spielen wieder einmal unabhängige Abgeordnete, die ihre Parteien verlassen haben und keinen stabilen Halt weder für Koalition noch für die Opposition bieten.

Ein Skandal rund um das Innenministerium, sowie Polizeiuntersuchung des "Stimmenhandels" im Parlament sorgen für Spannung

Innenminister Vladimír Palko war infolge des Verlustes von Aufnahmen abgehörter Telefongespräche aus dem Polizeiarchiv heftiger Kritik (vorallem der Medien) ausgesetzt. Nach wochenlangem hin und her wurde das Problem nicht als politisch, sondern als rein technisch eingestuft (dennoch wird angeblich weiter untersucht). Das technische Problem hat bei Reparaturen einer Archivierungsanlage durch Datenverlust entstehen sollen. Laut einschlägigem Gesetz ist die Sicherung von Informationen auf Platten oder anderen Backupdatenträgern unzulässig. Laut Untersuchung des Verteidigungausschuses handelte es sich um keinerlei politische Manipulation im Innenministerium. Zugleich verlangte jedoch der Ausschus die betreffende Anlage, die auch künftig Untersuchungen in Frage stellen könnte, auszutauschen.

Pikant an der Geschichte war, dass unter den verlorenen Aufnahmen die des Bürgermeisters von Rača waren, der der Korruption beschuldigt wird. Der beschuldigte Bürgermeister und der Innenminister sind Mitglieder derselben politischen Partei (KDH).

Diagramm 1: Summe politischer Präferenzen - Regierungskoalition und Opposition (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

ÜBERSICHT

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Kräftekonzentration vor dem politisch schwerem Herbst.....1

Regierung nutzt Kredite und eine Subventionen der Weltbank zur Erläuterung der Reformen.....2

Der Wirtschaftsminister im Kreuzfeuer von Nichtregierungsorganisationen und Intellektuellen.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Slowakei strebt einen Posten als nichtständiges Mitglied im UNO Sicherheitsrat an.....2

Langerwarteter "Europaausschus" endlich funktionsfähig.....3

EU-Kommissar für Bildung und Kultur kommt aus der Slowakei.....3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.....3

Industrieproduktion und Handel.....3

Inflation.....3

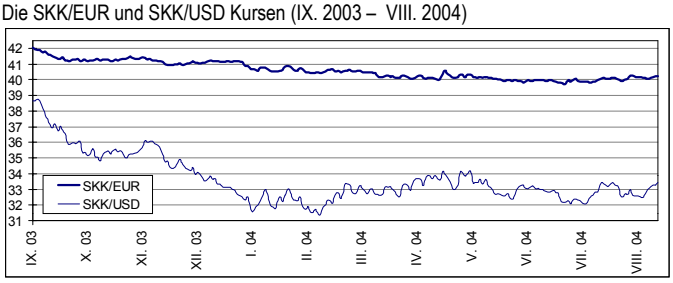
Arbeitsmarkt.....4

Zahlungsbilanz.....4

Auslandische Invsetitionen.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (IX. 2003 – VIII. 2004)



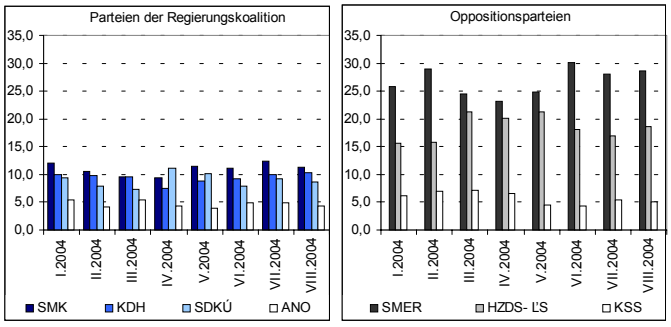
Quelle: NBS

	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	4,9
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,2
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	33,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95
*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 2: Entwicklung politischer Präferenzen (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

M.E.S.A.10 – Center for Economic and Social Analyses, Hviezdoslavovo nám. 17, 811 02 Bratislava, Slowakei
Tel: +421-2-544 35 328, 544 34 009, Fax: +421-2-544 32 189,
E-mail: mesa10@mesa10.sk
http://www.mesa10.sk

POLITISCHE ENTWICKLUNG (Die Fortsetzung)

Der Fehler wird weiterhin von der Staatsanwaltschaft untersucht, da der Verdacht vorsätzlicher Beeinflussung der Ermittlungen besteht. Der Innenminister wiederholte seinen Verdacht, dass der Medienrummel um die technischen Fehler von Personen verursacht wird, die sich von den Aktivitäten der Polizei bedroht fühlen und daher versuchen,die Polizei sowie das Innenministerium zu kompromittieren und paralysieren.

Wir können keine Stellung zu diesem Problem beziehen, dennoch wollen wir auf häufige Probleme mit illegalen, veröffentlichten und verlorenen Aufnahmen hinweisen, die bereits zum Kolorit der slowakischen Politszene gehören, und die Vertrauenswürdigkeit der Polizei, des Geheimdienstes und des Innenministeriums untergraben können.

Die Abstimmung über die Reform des Gesundheitswesens wird von der Polizei untersucht. Die Polizei verfolgt den Verdacht dass einige Stimmen, mit deren Hilfe das Reformpaket weiterkam, gekauft waren. Unserer Meinung nach ist eine solche Tat (falls wirklich begangen) nur mit geringer Wahrscheinlichkeit beweisbar. Allerdings bekommen dadurch die im September anstehenden Abstimmungen über dieses Gesetzespaket ein wenig Farbe. Im Parlament geht es diesmal um die entgültige Verabschiedung jener Gesetze, die das Fundament der Reform des Gewundheitswesens bilden.

Im Koalitionsrat unterstüzten alle Regierungsparteien die Gesetze der Gesundheitsreform, gleichzeitig wurde jedoch festgehalten, dass es keinerlei Sicherheit darin gebe, ob irgendein weiterer Abgeordneter diese Gesetze unterstützen würde. Gesundheitsminister Rudolf Zajac wurde jedoch beauftragt unter den unabhängigen Abgeordneten, eventuell auch in den Oppositionsreihen geduldig nach Unterstützung zu suchen.

Regierung nutzt Kredite und eine Subventionen der Weltbank zur Erläuterung der Reformen

Die Slowakische Regierung war lange Zeit mit der Erklärung ihrer Reformen im Rückstand. Das war einer der Gründe weswegen die Aktivitäten der Regierung auf Ablehnung bei der Bevölkerung stoßen und weshalb gravierende Unterschiede in der Bewertung der Reformen zwischen den Fachleuten und der Öffentlichkeit aufgetreten sind. Deshalb entschied sich die Regierung mit Hilfe der Weltbank die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern.

Die Bank gewährt der Regierung eine Subvention zur Verbesserung ihrer Kommunikationsstrategie. Ziel der Bank ist es nämlich, dass die Öffentlichkeit ausreichend über die Reformen informiert wird. Auf Antrag der Regierung stiftet die Weltbank 11,5 Millionen SKK damit die Regierung PR-Experten zur Erklärung der Reformen bezahlen kann. Die Regierung steuert zusätzliche 2,8 Millionen SKK dem gemeinsamen Projekt bei.

Während die Regierung mit einer Subvention rechnen kann, nahmen manche Ministerien Kredite von der Weltbankauf, die der Erklärung eigener Reformen dienen sollen. Kredite dieser Art seien nach Angaben der vertreter der Weltbank nichts Ungewöhnliches. Ziel der Bank ist dass die Informationen über die Reformen die Öffentlichkeit in einer verständlichen Form erreichen.

Das Sozialministerium hat sich 47 Millionen SKK zur Erklärung der Rentenreform ausgeliehen. Im fortgeschrittenen Stadium ist ein Projekt des Gesundheitsministeriums, das mit 120 Millionen SKK (Kredit von der Weltbank) eine Informationskampagne starten will.Das für die Kampagne vorgesehene Geld soll für Publikationen, Etwürfe und Distribution von Informationsblättern, Publikationen, Anzeigewerbung, Erstellung einer Webseite genutzt werden, außerdem soll es der Organisation von Schulungen, Konferenzen, Schulungen und Präsentationen dienen.

Projektmanger bestreiten dass diese Gelder in einer politischen Kampagne eingesetzt werden würden. Die Begründung fällt logisch aus: die Gesundheitsreform ist so umfangreich dass es für die private Medien uninteressant sei über alle Aspekte zu informieren, deswegen müsste das Ministerium bezahlen damit die Öffentlichkeit informiert werde. Der Betrag von 120 Millionen SKK ist für die Jahre 2003 bis 2007 vorgesehen und ein Teil der Gelder wurde schon genutzt.

Der Wirtschaftsminister im Kreuzfeuer von Nichtregierungsorganisationen und Intellektuellen

Nichtregierungsorganisationen haben in einem Brief den Wirtschaftsminister Pavol Rusko zur Resignation aufgefordert. In dem von 23 Organisationen unterzeichneten Schreiben (darunter Umweltschutz- und Menschensrechtorganisationen) beklagen diese, dass der Arbeitsstil des Ministers der Führung einer Privatfirma ähnelte und sich für eine staatliche Institution ungeeignet sei. Gründe dieser Forderung werden wie folgt zusammengefast:

- Verletzung des Gestezes über freien Zugang zu Informationen, Nichtveröffentlichung von Verträgen in denen öffentliches Eigentum aufgewendet wird (es geht dabei angeblich nicht nur um die schon früher von uns behandelten Fälle der Automobilhersteller).
- Nichtbeachtung der Eigentumsrechte. Dabei geht es um den Baubeginn des Kia-Werkes auf Privatgrund ohne Zustimmung der Eigentümer. Außerdem geht es um Verleumdung derer, die sich gegen den Verkauf entschieden hatten.
- Es wird lobbyistischen Kreisen nachgegeben (Blockierung des Gesetzentwurfes über den PET Verpackungspfand auf Wunsch des Handels)
- Umgehung der Führungsregeln in öffentlichen Institutionen. Von den Organisationen wird das willkürliche Ersetzen der Konzeption der Energiepolitik (bereits begutachtet und von der Regierung verabschiedet) durch ein unverbindliches von den Slowakischen E-Werken (Slovenské elektrárne) verfasstes Dokument erwähnt, deren Unvoreingenommenheit zu bezweifeln ist
- Verleumdung vonGegner und unangebrachte Ausdrucksweise. In diesem Zusammenhang werden grobe Äußerungen und Drohungen gegenüber einer TV-Redakteurin angeführt. Die Redakteurin hat Nachforschungen über Gesellschaften erstellt, die aus dem Bau des Kia Betriebswerk profitieren könnten.

Diese Art von Druck (durch Bürgeraktivisten und Intellektuelle) ist in der Slowakei in den letzten Jahren eher untypisch, gar vereinzelt. Obwohl zumindest ein Teil der im Aufruf der Nichtregierungsorganisationen enthaltenen Argumente als rational bestätigt werden können, ist eine unmittelbare politische Reaktion eher unwahrscheinlich. Diese Unzufriedenheit ist aber kein Einzelfall: Wenige Tage vorher äußerte eine freie Gruppe von Intellektuellen und Künstlern ihren Missmut über den Minister. Ihr Protest war gengen die Bezeichnung einiger Bürger als Saboteure und Saatsfeinde gerichtet. Diese Bezeichnung kam in der Situation wo Staatsbeamte in die Eigentumsrechte einiger Grundstückbesitzer eingreifen, deren Land für einen ausländischen Investor verwendet werden soll.

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Slowakei strebt einen Posten als nichtständiges Mitglied im UNO Sicherheitsrat an

Die Slowakei ist Kandidat für den Posten eines nichtständigen Mitglieds des Sicherheitsrats der Vereinigten Nationen für die Jahre 2006 - 2007. Die Kandidatur soll Präsident Ivan Gašparovič vor dem Welgremium der UNO in New York im September durchsetzen. Der Sicherheitsrat hat fünf Ständige (China, Frankreich, Russland, USA und Großbritannien) und zehn nichtständige Mitglieder die für zwei Jahre gewählt werden.

Schon in der Vergangenheit kandidierte die slowakische Diplomatie eine für den Sicherheitsrat - ohne Erfolg. Diesmal stehen die Chancen für eine erfolgreiche Kandidatur besser. Derzeit bleibt die Slowakei einziger Kandidat der Osteuropäischen regionalen Gruppe (diese Gruppe ist mit einem Staat im Sicherheitsrat vertreten). Für die angestrebte Wahlperiode ist kein anderer Kandidat bekannt (möglicher Gegner - Lettland, hat seine Kandidatur zurückgezogen). Die Entscheidung fällt erst bei der Abstimmung im Weltgremium der UNO im Jahre 2005, zur Wahl werden zwei Drittel der Stimmen benötigt.

Dieser Punkt der Regierungsagenda ist einer der wenigen, der auch von der der Opposition unterstützt wird. Unter den Argumenten für die Kandidatur ist "die Möglichkeit an den entscheidenden Fragen des internationalen Rechts teilzuhaben" sowie die Möglichkeit "unseren kleinen Provinzialismus" zu überwinden.

Langerwarteter "Europaausschus" endlich funktionsfähig

Endlich hat sich im Nationalrat der Ausschus für europäische Angelegenheiten formiert. Der Ausschus wird über weit reichende Kompetenzen verfügen, z. B. kann der Ausschus einen für die Minister bei den Gesprächen mit den EU-Vertretern verpflichtenden Standpunkt fassen.. Der Ausschus verfügt über relativ starke Befugnise im Vergleich zu anderen Ausschüsen.

Erst eine Abmachung der Fraktionvorsitzenden über die doppelte Mitgliedschaft der im Europaasschus tätigen Parlamentarier ermöglichte die Wahldes neuen Ausschusses (hiermit ist man komplizierten Verschiebungen unter den Ausschüsen zuvorgekommen).

Seit längerer Zeit steht fest dass der Ausschuss für europäische Angelegenheiten von der Oppostion geführt werden wird (Tibor Mikuš - HZDS - ĽS). Insgesamt 11 Mitglieder sind in dem Ausschus vertreten. Die Zusammensetzung sieht wie folgt aus: je zwei Abgeordnete stammen aus den Oppositionsparteien HZDS - ĽS und Smer , sowie aus den Koalitionsparteien SDKÚ und SMK. Je ein Mitglied wurde von KDH und ANO aus der Koalition und der KSS aus der Opposition nominiert.

EU-Kommissar für Bildung und Kultur kommt aus der Slowakei

Der Posten, der dem slowakischen Europakommissar zugeteilt wurde, war eine Überraschung: Ein halbes Jahr hat sich der slowakische Eurokommissar Ján Figeľ bei dem Kommissar für Unternehmen und Informationstechnologie eingearbeitet. Deshalb wurde angenommen, dass er für diesen Posten vorgesehen ist. Doch der disignierte Kommissionsvorsitzende José Manuel Barroso hat ihm überraschender Weise den Posten für Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit zugeteilt.

Trotz dieser Überraschung zeigt sich Figeľ zufrieden. Sein Bereich ist politisch weniger empfindlich, die Kompetenzen bleiben vorwiegend bei den Mitgliedsstaaten und die Funktion des Kommissars fällt eher koordinierend aus. Die Bedeutung dieses Postens ist dadurch gegeben, dass die Europäische Union zur konkurenzfähigsten Wirtschaft werden möchte und dieses Ziel erscheint ohne Reformen im Bildungssystem und ohne Investitionen in die Bildung unerreichbar.

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung

SE-Privatisierung: Nur einer würde alles nehmen

Slovenské elektrárne - Privatisierung ist vortgeschritten, verbindliche Angebote der drei Investoren sind bekannt. Tschechischer ČEZ, italienischer Enel und das russisch-deutsche Konsortium RAO UES und OstElektra haben auch die angefordeten "erläuternden" verbindlichen Angebote vorgelegt. Die für die Privatisierung verantwortliche Kommission forderte die Kaufinteressenten auf, einige Unklarheiten in den Angeboten zu erklären. Details der "erläuternden" Angebote bleiben unveröffentlicht.

Die Anbieter durften die Ausgliederung des defekten A1 Kraftwerks und beider V1 Reaktoren beantragen, (Teile des Kernkraftwerks Jaslovské Bohunice) die 2008 stillgelegt werden sollen. Diese Möglichkeit wurde von ČEZ und Enel genutzt, sie bieten einen erheblich höheren Preis nach Ausgliederung der problematischen Aktiva, hingegen will RAO UES auch die problematischen Anlagen für einen niedrigeren Preis übernehmen. RAO UES interessiert sich als einziger Bieter für alle SE-Teile, verlangt keine Abänderungen von Verträgen und will das Staatsunternehmen mit allen Problemen übernehmen. Enel fordert außerdem eine Revision nachteilhafter Abnehmerverträge (z.B. mit Heizkraftwerkgesellschaften).

Es erhebten sich politische Stimmen (auch in Regierungskreisen) die den Privatisierungsvorgang in Frage stellen. Es gab zwei Arten der Vorbehalte:

1. Die Angebote wurden von dem Wirtschaftsminister in den Medien beurteilt, noch bevor die Kommision ihren Standpunkt abgegeben hat,. Mit diesem Verhalten konnte der Minister auf die Bewertung Einfluß ausüben, jedenfalls hätte sein Verhalten die Ernsthaftigkeit dieses Privatisierungsprozesses gemindert. Betroffen waren ČEZ und Enel, deren Angebote vor Stellungnahme der Privatisierungskommission vom Minister negativ bewertet wurden.
2. Vorbehalte der Politiker weisen auf die Tatsache hin, das einige der Anbieter noch in Mehrheitsbesitz des Staates sind. Es besteht die Möglichkeit, dass sich die Interessenten selbst einem Privatisierungsprozess unterziehen müssen. Insofern könnte SE bald den Eigentümer wechseln und ein derzeit unbekanntes Subjekt neuer SE-Aktionär werden.

Trotz der Zweifel in der Regierungskoalition sehen wir die Privatisierung nicht als gefährdet. Die "Erläuterungen" zu den verbindlichen Angeboten werden wohl bald bekannt sein und der Herbsttermin für die Privatisierung ist im Grunde immer noch zu halten.

Tabelle 1: Unterbreitete Angebote für 66% der Aktien von Slovenské elektrárne

Subjekt	Forderung	Preis
ČEZ (Tschechische Republik)	Ausgliederung der A1 und beider V1 Reaktoren	31 Mrd. SKK
Enel (Italien)	Ausgliederung der A1 und beider V1 Reaktoren	40 Mrd. SKK
RAO UES + OstElektra (russisch-deutsches Konsortium)	Keine Forderungen	19 Mrd. SKK

Quelle: Hospodárske noviny

Industrieproduktion und Handel

Einnahmen im Einzelhandel übertreffen Erwartungen trotz schwächeren Lohnanstiegs.

Die Industrieproduktion legte im Juni um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr zu, damit liegt sie aber im Vergleich mit der bisherigen Entwicklung im Jahr 2004 leicht unter dem Durchschnitt. In den ersten sechs Monaten verbuchte die Industrieproduktion gegenüber den Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 6,2 %, darunter die Verbraucherindustrie 7,7 %.

Die Baubranche wuchs in Juni in Vergleich zu Juni 2003 um 2,4 %. In den ersten sechs Monaten stieg die Produktion der Baubranche zwischenjährlich um 1,9 %.

Bemerkenswert entwickeln sich die Umsätze im Einzelhandel. Der Anstieg der Einzelhandelerlöse nimmt weiter zu und übertrifft die Erwartungen. Es geschieht trotz langsameren Nominallohnanstiegs im selben Zeitraum. Der Anstieg der Einzelhandelserlöse erreichte 10,5 % im Juni. Bemerkenswert ist die Steigerung der Zuwachsrate in dem ersten Halbjahr 2004, in allen Monaten nahm die Zuwachsrate verglichen mit dem Vormonat zu, Zuwachsrate der Einzelhandelumsätze steigertensich von 0,5 % im Januar auf 10,5 % im Juni. Es ist anzunehmen dass der Trend der Einzelhandelerlöse anhält (trotz schwächeren Wachstum der Nominallohne), bedingt durch Senkung der Inflationsrate in der zweiten Hälfte 2004 und auch durch die zwar geringe aber flächendeckende Erhöhung der Sozialhilfe. Der erhebliche Vorsprung im Wachstum der Einzelhandelerlöse vor dem Lohnanstieg führt zu der Annahme, dass die Neigung zum Sparen bei den Haushälten sinkt (dies kann erst nach Veröffentlichung der Zahlen über die Gesamteinnahmen der Haushälte im zweiten Quartal bestätigt werden).

Inflation

Fühlbarer Rückgang der Infaltionsrate in Sicht

Im Juli sind die Verbraucherpreise um 0,3 %, die regulierten Preise um 0,2 % gegenüber dem Vormonat gewachsen, und der Preisanstieg jener in der Kerninflation enthaltenen Posten betrug 0,3 %. Zwischenjährlich erreichte die Inflation 8,5 % und die Kerninflation 2,7 %. Im Durchschnitt beträgt der Anstieg der Verbraucherpreise in den ersten sechs Monaten 8,3 %.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex weicht nur minimal von dem bislang angewandten Verbraucherpreisindex ab. Im Juli betrug die Inflation nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessen 8,3 %.

Ab August sollte die Inflationsrate merklich zurückgehen. Der Grund ist die veränderte Vergleichsbasis aus dem Vorjahr. Im August 2003 zeigte sich die Erhöhung indirekter Steuern im Preisniveau.. Ab August wird deshalb das aktuelle Preisniveau mit dem ab August 2003 geltenden erhöhten Preisniveau verglichen, was im Endefekt eine niedrigere zwischenjährliche Differenz bedeutet. Darüber hinaus rüstet sich der Kleinhandel für einen kleinen Preiskrieg, der mit der Öffnung der Diskontkette Lidl zu erwarten ist. Die Läden öffnen an einem Tag und Erfahrungen aus Tschechien zufolge kann gewiss mit Preisnachlässen bei Lebensmitteln und Drogeriewaren gerechnet werden.

Arbeitsmarkt

Mindestllohn wird erhöht

Die offizielle Arbeitslosenquote erreichte im Juli 13,7 %, dies ist um 0,8 Prozentpunkt weniger gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Arbeitlosen blieb damit unter der für lange Zeit unerreichbaren Grenze von 400 000 Personen.

Die Zuwachsrate der Nominaleinkommen in zweitem Quartal ging verglichen mit dem ersten Quartal zurück. Die monatliche Statistik in ausgewählten Branchen beweist einen Rückgang der Lohndynamik. Dieser Rückgang ist anhand des Beispiels der Industrie zu belegen, bei der sich der Anstieg der Nominallöhne im ersten Quartal (gegenüber dem Vorjahr) auf 10,8 % belief, im zweitem Quartal erreichte dieser jedoch nur 5,8 %.

Der Mindestlohn soll ab Oktober steigen. Zur Zeit beträgt der Mindestlohn 6080 SKK nach der Anhebung soll er aber 6500 SKK erreichen. Dieser Betrag wurde von der Regierung und von den Arbeitgebervertretern bei der Tripartitätsitzung vereinbart. Die Gewerkschaften forderten eine Anhebung auf 7190 SKK, trotzdem nannten die Arbeitgeber 6500 SKK als die höchste akzeptable Grenze. Im Jahr 2003 stieg der Mindestlohn von 5570 SKK auf 6080 SKK.

Darüber hinaus wird im September die Sozialhilfe erhöht. Der Anstieg wird flächendeckend sein, was seitens des Sozialministeriums durch den Anstieg der Ausgaben für Waren und Leistungenseit Anfang 2004 und dadurch begründet wurde, dass die Sozialzuschüsse den Lebenserhaltungs- und Wohnkosten nicht mehr ensprechen. Dieser Zuwachs muß in die Prognosen der Konsumentwicklung im letzten Quartal einkalkuliert werden. Es handelt sich jedoch keineswegs um einen Anstieg, der die Arbeitslosen dazu führen würde, weniger nach Arbeit zu suchen.

Zahlungsbilanz

Defizit erneut verschlechtert

Im Mai und Juni hat sich das Zahlungsbilanzdefizit wesentlich vergrößert. Laut Angaben der Zentralbank wurde der Defizitanstieg um 10 Milliarden SKK im Juni von der Handelsbilanz und durch die Beiträge in den EU-Haushalt verursacht. Das etwa gleiche Defizit im Mai wurde von der Auszahlung der SPP-Dividenden an die ausländischen Aktionäre Ruhrgas und Gaz de France beeinflust.

Ausländische Investitionen

Standort der Legend-Investition bleibt geheim

Australische Gesellschaft Legend Australasia Pty Ltd. lässt in der Ostslowakei einen Betrieb errichten, in dem Speicher, Motherboards Videokarten und CPU Prozessoren gefertigt werden sollen. Die 6,625 Millionen EUR schwere Investition (265 Millionen SKK) soll 220 Arbeitsplätze für Techniker mit Hochschulausbildung schaffen. Der Bau des Betriebs soll Mitte 2005 anfangen und etwa einen Jahr dauern. Nach dem Produktionsanlauf 2006 soll der Betrieb europäischer Stützpunkt der Firma werden. Die genaue Lage der Fabrik wird nach Absprache mit dem Investor vom Wirtschaftsministerium und der Agentur SARIO geheimgehalten.

Laut Minister Pavol Rusko wird der genaue Standort des Werkes erst „nach Beendigung aller mit der Regelung des Grundstücks verbundenen notwendigen rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen“ sowie der Unterzeichnung von Vereinbarungen über künftige Verträge bekanntgegeben.

Die Legend Corporation wurde 1989 in Adelaide unter den Namem VICSA Computercraft gegründet und mit einer Marktkapitalisierung von etwa 40 Millionen USD börsengängig. Neben den fünf australischen Filialen weist sie Niederlassungen in Neu Seeland und Hong Kong sowie Handelsvertretungen in Südafrika und der Slowakei auf.

Technologie-Park in Bratislava?

Im Slowakischen Monatsbericht haben wir schon mehrmals über den geplanten Eurovalley Techologiepark informiert, der 25 Kilometer westlich von Bratislava, in Malacky entstehen soll. Dieses Projekt sollte ein Äquivalent der französischen Sophia Antipolis, eines Zentrums der Wissenschaft, Forschung und Hi-techproduktion werden. Die hoch gesteckten Ambitionen konnten jedoch bis dato nicht erfüllt werden.

Ein Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Burgenland und den Firmen mci-Consult und VST ist ein Projekt eines Mitteleuropäischen Parks für innovative Technologie (CEPIT), das im Osten der Hauptstadt in Angriff genommen wird. Es soll der größte Technologie-Park Mitteleuropas werden. Die geplanten Kosten belaufen sich auf 10 Milliarden Kronen (250 Millionen EUR) und der Bau soll nächstes Jahr starten.

Vorteil des Projektes sind geregelte Besitzverhältnisse bei den Grundstücken, deren Ankauf laut Zeitung Hospodarske noviny durch die Österreicher bereits vor 10 Jahren begonnen hatte. Die Fertigstellung des Komplexes, in dem Zulieferer für die Automobilindustrie, Multimedien, Biotechnologie und Ökotechnologie untergebracht werden sollen. ist für 2011 geplant. Beim Projekt wird auch mit Forschungsinstituionen, einer Universität, einem Wohnviertel und einer Freizeitzone gerechnet.

Chefredakteur: Karol Morvay; Redakteur: Rastislav Valentovič; Erscheint mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung; Copyrights © 2004 M.E.S.A.10 Alle Rechte vorbehalten
M.E.S.A.10 – Center for Economic and Social Analyses, Hviezdoslavovo nám. 17, 811 02 Bratislava, Slowakei
Tel: +421-2-544 35 328, 544 34 009, Fax: +421-2-544 32 189,
E-mail: mesa10@mesa10.sk
http://www.mesa10.sk